

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismusforschung 2/2010

Jörg Schaub: Gerechtigkeit als Versöhnung. John Rawls politischer Liberalismus.

Frankfurt am Main: Campus-Verlag, 2009, 336 S, ISBN: 978-3-593-39045-1.

Der Name Rawls ist derzeit im Politikbetrieb in vieler Munde, leider gelegentlich auch unter fast schon missbräuchlichem, weil rein auf sozialstaatliche Belange abzielendem Bezug auf seine Kernbegriffe Fairness und Gerechtigkeit. Zu oft wird nicht beachtet, dass Rawls' Gerechtigkeitstheorie eine Theorie der Verfahrensgerechtigkeit ist, die bestimmte sozial-theoretische Prämissen voraussetzt, um so etwas wie Gemeinschaft oder Gesellschaft überhaupt denkbar zu machen. Das vorliegende Buch beschäftigt sich dagegen mit gesellschaftstheoretischen Implikationen der politischen Philosophie von John Rawls.

Jörg Schaub, wissenschaftlicher Mitarbeiter am philosophischen Seminar der Universität Mannheim, hat mit "Gerechtigkeit als Versöhnung" eine vollständig überarbeitete Fassung seiner Dissertation vorgelegt. Er hat sich dabei nicht weniger als eine Darstellung des politischen Liberalismus, wie ihn John Rawls vertreten hat, vorgenommen.

Das Buch ist anspruchsvoll in Thema und Darstellung, aber gut lesbar und im Stil den Werken des John Rawls auffallend ähnlich. So wird in den einzelnen Kapiteln immer wieder das Gesagte zusammengefasst und in immer konzentrierter den Definitionen wiederholt. Dies macht es einfacher, der Argumentation des Autors zu jeder Zeit zu folgen.

Mit seinem Versuch, das philosophische Konzept von John Rawls vor versöhnungstheoretischem Hintergrund zu erläutern, wählt Schaub einen ausgefallenen und interessanten Ansatz. Zum Ausgangspunkt nimmt er die von Rawls gestellten Fragen: "Wie kann eine stabile und gerechte Gesellschaft freier und gleicher Bürger, die durch vernünftige und gleichwohl einander ausschließende religiöse, philosophische und moralische Lehren einschneidend von einander getrennt sind, dauerhaft bestehen? Wie können einander zutiefst entgegen gesetzte, aber vernünftige umfassende Lehren zusammen bestehen und alle dieselbe politische Konzeption einer konstitutionellen Ordnung bejahen?".

Die hinter der Ausarbeitung stehende Idee ist die, dass in einer über Inhalte, Lehren oder Konzeptionen widerstreitenden, pluralistischen Gesellschaft trotz allen Widerstreits eine Versöhnung erreicht und die Entfremdung der Bürger von ihrer sozialen Welt und ihren bestimmten Gesellschaften, in die sie hineingeboren worden sind, aufgehoben werden kann, wenn sich eine einigermaßen gerechte und dauerhaft wohlgeordnete liberal-demokratische Gesellschaft als eine praktikable Möglichkeit erweist. Bürger, die ihre soziale Welt als grundsätzlich vernünftig wahrnehmen, werden sich mit dieser versöhnen, so das Diktum.

Vor diesem Hintergrund entwickelt Schaub seine weiteren Ausführungen. Dabei beginnt er damit, Rawls Lektüre der Hegelschen Versöhnungstheorie nachzuarbeiten – mit dem Ziel, Kongruenzen aufzuzeigen und somit einen neuen Deutungsweg und einen leichteren Zugang zu Rawls' politischer Philosophie zu eröffnen. Schaub konstatiert, es sei „die soziale Auffassung der Freiheit, die Rawls in die

Nähe von Hegel rückt"; kurz danach schreibt er, Rawls wisse mit Hegels Metaphysik wenig anzufangen; etwas später im Text beschreibt er, dass nach Auffassung von Rawls Hegel „auf beiden Ebenen, die eine Versöhnungstheorie umfasst“ scheitere. Rawls nimmt also, so stellt es sich am Schluss des ersten Teils der Arbeit dar, die versöhnungstheoretischen Ansätze Hegels (lediglich) als Vehikel, um seine eigenen Ideen zu entwickeln – und so kommt Schaub, durchaus nicht ungeschickt, zum zweiten Teil der Darlegung.

Nachdem nun also sozusagen die methodologischen Grundlagen gelegt sind, widmet sich der Autor detailliert den mit der oben dargestellten, von Rawls formulierten Kernfrage zusammenhängenden Einzelfragen: Können wir Mitglieder demokratischer Gesellschaften uns auf eine politische Gerechtigkeitskonzeption verständigen, obwohl unsere religiösen und säkularen Weltbilder unvereinbar sind?

Meinungsverschiedenheiten zwischen Bürgern über umfassende Lehren gelten für Rawls als vernünftig, da sie auch unter Bedingungen auftreten können, wie wir sie uns günstiger kaum vorstellen können. Mit dieser Darstellung trifft Schaub den Kern der politischen Philosophie von Rawls, die auch in diesem Sinne eine wirklich liberale ist. Ihm geht es nicht darum, darzulegen, dass seine (oder eine) Gerechtigkeitskonzeption wahr oder in einem starken Sinne vernünftig oder vernünftiger ist als alle ihre Mitbewerberinnen. Stattdessen schlägt er eine konzeptuelle Innovation vor: eine politische – im Gegensatz zu einer umfassenden – Gerechtigkeitskonzeption. Dieser Kunstgriff ermöglicht erst eine Versöhnung, indem eine politische Konzeption eben weder den Anspruch erhebt, die von ihr artikulierten Werte seien wahr oder vernünftig, noch Aussagen darüber trifft, was politische Werte und Normen wahr oder vernünftig machen könnte. Der politische Liberalismus nach Rawls verlangt lediglich, dass alle Institutionen und Vereinigungen die Grundrechte ihrer Mitglieder achten: Der vernünftige Pluralismus hat keine Konsequenzen, mit denen sich freie und gleiche Bürger nicht versöhnen könnten.

In einem nächsten Schritt, so stellt Schaub dar, befasst sich Rawls konzeptionell mit der Frage, von welchen politischen Konzeptionen man annehmen darf, sie ließen sich gegenüber als freie und gleiche Bürger verstandenen Personen rechtfertigen. Im Vordergrund sieht er dabei die Idee der Gesellschaft als System der fairen Kooperation zwischen freien und gleichen Bürgern und die Idee der Grundstruktur als Hauptgegenstand der politischen Gerechtigkeit. Dabei steht für ihn das bürgerliche Selbstverständnis als Ergebnis der Sozialisation in konzeptuellen Demokratien im Vordergrund. Dieses Selbstverständnis bildet für ihn die Grundlage dafür, dass eine faire Kooperation überhaupt stattfinden kann. Die in anderen Darstellungen breit behandelte politische Fairness-Konzeption von Rawls behandelt Schaub allerdings nur skizzenhaft, denn zum einen sei „jeder Aspekt dieser Konzeption in anspruchsvollen und ausdifferenzierten Debatten gewürdigt worden“, zum anderen kommt es ihm auf etwas anderes an – nämlich auf die Entstehung und die Bedingungen des vernünftigen politischen Pluralismus als Grundprinzip und Hauptmerkmal des politischen Liberalismus.

Überzeugend stellt Schaub dar, dass Rawls voraussetzt, dass sich die Mitglieder liberaler Demokratien trotz ihrer unterschiedlichen Lebensanschauungen in der Regel als freie und gleiche Bürger aufzufassen gelernt haben und zwischen ihnen daher ein weit gehendes Einvernehmen darüber besteht, welches ihre höherrangigen moralischen Interessen sind und dass eine vernünftige politische Konzeption eben diese in angemessener Weise zu berücksichtigen hat. Er sieht also einen "geteilten Fundus an politischen Werten, auf den sie sich zur Rechtfertigung vernünftiger liberaler politischer Gerechtigkeitskonzeption berufen können". Unvernünftig sollen Bürger dem politischen Liberalismus zufolge nur sein, wenn sie meinen, es ließe sich unter den Bürgern ein Einvernehmen darüber erzielen, welche vernünftige politische Konzeption die vernünftigste ist.

Den starken Zusammenhang zwischen dem Projekt der Versöhnung und der Idee einer legitimen Demokratie stellt Schaub im darauf Folgenden dar. Er zeigt auf, dass die Rawlssche Konzeption den Charme hat, auf die Vernunft der Bürger zu setzen – und diese Vernunft lässt auch den Bürger willens sein, „die politischen Ergebnisse, die hinreichend gerechte Verfahren zeitigen, als legitim anzuerkennen, selbst wenn sie diese Ergebnisse vor dem Hintergrund der von ihnen bevorzugten vernünftigen politischen Konzeption nicht als ganz gerecht ansehen“. Diese sich hierin manifestierende Auffassung, dass die Idee des öffentlichen Vernunftgebrauchs die politische Idee des Bürgers voraussetzt, bildet den Kern der Argumentation. Die Idee einer versöhnten Gesellschaft ist für Rawls, wie Schaub ihn darstellt, keine bloß logische Möglichkeit, sondern eine mit der sozialen Welt verbundene Möglichkeit. Dieser so bezeichnete „überlappende Konsens“, in dem die Bürger nicht nur eine vernünftige politische Konzeption bejahen, sondern auch verschiedene vernünftig umfassende Lehren, bildet eine für freie und gleiche Bürger angemessene Grundlage sozialer Einheit. Schaub weist darauf hin, dass diese Konzeption wiederholt als zu optimistisch kritisiert wurde, und auch er selbst fordert eine tiefer gehende Begründung für eine in der Zeit immer weiter gehende Stabilisierung des überlappenden Konsenses – die er dann in Rawls' „vernünftiger Moralphysikologie“ findet: in der Idee konzeptionsabhängiger Wünsche im Sinne der Verwirklichung eines bürgerlichen Selbstverständnisses und in der Idee der Reziprozität als der „Neigung, in gleicher Form auf den anderen zu reagieren“, also im Rückgriff auf die Konzeption der Gerechtigkeit als Fairness mit der Ausbildung des Gerechtigkeitssinns und der Fähigkeit zu einer Konzeption des Guten.

Schaub stellt fundiert und überzeugend dar, dass es Rawls nicht darum ging, gesellschaftliche Gerechtigkeit konkret, etwa materiell zu definieren, sondern dass es bei der politischen Gerechtigkeitskonzeption darum geht, widerstreitende Interessen im Sinne des sozialen Zusammenhalts zu versöhnen. Ein auch in der aktuellen Situation wichtiger Denkansatz, dargestellt in einem hoch interessanten Buch.

Berlin

Thomas Volkmann